Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 26

Artikel: Nach der Teuerung in der Sowjetunion : die Versorgungslage der Satelliten

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076783

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

terialismus angeschlossen: «Für Hegel ist der Denkprozess, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg des Wirklichen, das nur seine äussere Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle.» (Nachwort, 2. Aufl. Kapital.) Bei Marx bleibt die Hegelsche Dialektik als Methode durchaus erhalten, wird aber nicht auf den Begriff als Instrument des Denkens, sondern auf die Materie selbst angewendet. Die wichtigste Eigenschaft der Materie ist die Bewegung, die nach Marx gemäss den Gesetzen der Dialektik verläuft: die Materie entwickelt sich in ihr Gegenteil, verbindet sich mit dem Ausgangspunkt zu einer höheren Einheit, und wird dabei wieder zu einem neuen Ausgangspunkt.

«Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt.» Marx behauptet damit, dass zwischen Sein (als Ursache) und Bewusstsein (als Wirkung) ein Kausalzusammenhang besteht. Das Bewusstsein entspricht notwendigerweise dem Sein. Weil nun der Materie eine dialektische Bewegung eigen ist, muss natürlich das Bewusstsein diese Bewegung widerspiegeln; das Bewusstsein ist ein Abbild der Materie.

Unter Materie verstand Marx im Sinne der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse seiner Zeit das sich bewegende Atom. Die Forschung hat seither diesen Begriff der Materie in Frage gestellt. Das Atom ist nicht der elementarste Baustein, da es seinerseits in Protonen, Neutronen und Elektronen zerlegt werden kann. Nach der Relativitätstheorie sind Energie und Masse gleichwertig, so dass die Materie sogar als stark konzentrierte Energie verstanden werden kann. Bei der Atomzertrümmerung verwandelt sich Materie direkt in Energie. Um den dialektischen Materialismus zu retten, hat Lenin deshalb einen neuen, philosophischen Materie-Begriff geschaffen. In diesem Sinne ist Materie als die vom menschlichen Denken unabhängige, objektive, reale Aussenwelt zu betrachten.

Da also die Materie das Bewusstsein verursacht, und das Bewusstsein das Abbild der Materie darstellt, ergibt sich eine unumgängliche Uebereinstimmung zwischen beiden Erscheinungen. Von da her entsteht die Lehre von der Einheit zwischen Theorie und Praxis. Nur das real vorhandene oder mögliche kann gedacht werden, und was gedacht wird, ist real möglich. Das Denken orientiert sich demnach automatisch an der Wirklichkeit und muss sich an der Wirklichkeit überprüfen lassen. Diese vom dialektischen Materialismus behauptete Uebereinstimmung von Theorie und Praxis ist ein gewichtiger Ansatzpunkt der Kritik am Kommunismus, dessen Wirklichkeit mit dem Programm so schlecht in Einklang zu bringen ist.

Für die politische Lehre, für das Verständnis der kommunistischen Ideologie ist aber nicht so sehr der dialektische als der *historische Materialismus* von Belang. Er bedeutet die Anwendung des dialektischen Materialismus, der das Begriffspaar Materie-Bewusstsein in den Vordergrund rückt, auf die menschliche Geschichte. Der historische Materialismus wird in der nächsten Untersuchung zusammenfassend dargestellt werden.

Nach der Teuerung in der Sowjetunion

Die Versorgungslage der Satelliten

Die sowjetischen Preiserhöhungen für Lebensmittel (siehe KB Nr. 24) und die unbefriedigenden Resultate der Aussaat (Nr. 25) stellen die Frage nach der gegenwärtigen Versorgungslage im Ostblock. Ein Ansteigen der Preise war auch in andern Satellitenstaaten deutlich festzustellen, verbunden mit der begreiflichen Tendenz zu Hamstereinkäufen. Die Indizien sind nicht zu übertreiben, da sich die Stimmung wieder etwas beruhigt hat. Aber die Lebensmittelbeschaffung ist auch in den Volksdemokratien nach wie vor eine problematische Sache.

In Ungarn: Keine Preiserhöhung

Als zweites Land des Sowjetblocks hat sich Ungarn zu der Mitteilung veranlasst gesehen, dass keinerlei Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel wie in der Sowjetunion vorgesehen sind. Bekanntlich verfügte Moskau kürzlich eine beträchtliche Preiserhöhung für Butter und Fleisch.

Als erste entschloss sich die polnische Regierung zu diesem im Osten etwas ungewöhnlichen Schritt, nachdem die Lebensmittelgeschäfte tagelang von Hausfrauen belagert worden waren, die sich grössere Vorräte anzulegen wünschten.

Kurz darnach griff auch Budapest zu dieser Massnahme. In einem am Mittwochabend von Radio Budapest übertragenen Interview mit Sandor Gaspar, Kandidat des Politbüros und ein Sekretär des Zentralkomitees der ungarischen KP, erklärte dieser: «Die Regierung erwägt keinerlei Preisregulierungen, da in diesem Jahr in Ungarn kein Anlass für derartige Aenderungen besteht. Allgemeiner Grundsatz der Regierung ist es, die Preisstabilität zu bewahren.»

Gaspar gab indessen zu, dass die Preise für «einige» Gemüsesorten in diesem Jahr höher seien als im letzten Jahr, «weil die Nachfrage das Angebot übertraf, das infolge schlechten Wetters niedriger gelegen hat.»

Er machte gleichzeitig darauf aufmerksam, dass der Lebensstandard in diesem Jahr nur «in bescheidenem Umfang» verbessert werden könne. «In den kommenden Jahren», so versicherte er, würden jedoch die Voraussetzungen «für eine raschere Verbesserung geschaffen werden.»

Knappheit hält an

In der Tschechoslowakei hingegen, wo lange Käuferschlangen vor den Lebensmittelgeschäften zu einem alltäglichen Bild geworden sind, hält die Nahrungsmittelknappheit nach wie vor an.

Das Prager Zentralorgan «Rude Pravo» berichtete in dieser Woche, dass während der ersten fünf Monate dieses Jahres die Fleischlieferungen um fast drei Prozent unter dem Planziel lagen, obwohl sie die Vergleichsmenge des Vorjahres um 20 000 Tonnen übertrafen.

In keiner Rede eines führenden tschechoslowakischen Politikers fehlt seit einiger Zeit eine Stellungnahme zur Nahrungsmittelknappheit. So beschwerte sich z. B. in den letzten Tagen ZK-Sekretär Waclaw Slawik darüber, dass es sehr schwierig sei, die hohen Ansprüche der Bevölkerung zu befriedigen, während Aussenminister Waclaw David meinte, dass «temporäre Fehlschläge» auf einigen Gebieten der Wirtschaft «unseren Fortschritt nicht bedrohen können.»

Im Lande der Produktionsaufgebote

In der Sowjetzone machte das Parteiorgan «Neues Deutschland» in dieser Woche darauf aufmerksam, dass die Nahrungsmittelknappheit nicht mehr länger durch Importe ausgeglichen werden können. Bislang seien Fleisch und Fette eingeführt worden, aber davon müsse künftig abgesehen werden, weil nicht genügend Austauschgüter zur Verfügung stünden. Zudem, so hiess es weiter, dürfe die erforderliche wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere aber der Investierungsplan, nicht gefährdet werden.

Die Zeitung machte die unzureichende Winterernte sowie das «aussergewöhnlich» schlechte Wetter zu Beginn dieses Jahres für die herrschende Situation auf dem Versorgungssektor verantwortlich. Am Schluss des Berichts findet sich das Eingeständnis, dass der Nahrungsmittelmangel seit April 1962 fühlbar geworden sei.

Keine Panikkäufe mehr

In Warschau hat der Sturm auf die Geschäfte nachgelassen. Im übrigen scheinen die Panikkäufe keineswegs lediglich auf die polnische Hauptstadt beschränkt gewesen zu sein. Verteidigungsminister Marian Spychalsky erwähnte dies in einer Rede in der Kleinstadt Piotrkow Trybunalski in der Nähe von Lodz. Er übte Kritik an Personen, die «ohne jeden Grund in Panik verfallen» und damit das «normale Funktionieren des Wirtschaftslebens» störten.

Die Hoffnung auf eine künftige bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln in den Ländern Osteuropas hat infolge des anhaltenden schlechten Wetters keine reale Grundlage.

So ist Polen durch schwere Regenfälle heimgesucht worden, die verschiedentlich zu Ueberschwemmungen geführt haben, wodurch aber — amtlichen Mitteilungen zufolge — nur etwa zwei Prozent des bebauten Bodens betroffen worden sind. Das Wetter hat sich inzwischen erheblich gebessert und die Flüsse führen bereits wieder Normalwasser.

«Liebe Privatbauern»

Weiter im Süden sind mangelnde Niederschläge die Hauptursache für Schwierigkeiten in der Landwirtschaft. Ungarns Staatspräsident Istvan Dobi erklärte vor dem Kollektivwirtschaftsrat, dass die Aussichten für die Getreideernte bereits jetzt bestenfalls als befriedigend bezeichnet werden könnten.

In einigen Gebieten ist es so kalt gewesen, dass die ungarischen Landarbeiter Winterkleidung tragen mussten und im Kreis Nograd haben diese ungünstigen Witterungsverhältnisse zu einem Rückstand von ein bis zwei Wochen bei der Feldarbeit geführt.

Das Regime, das keinerlei Risiko eingehen möchte, appellierte unterdessen an die wenigen freien Bauern, die es noch in Ungarn gibt (sie bebauen etwa 4,5 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens), und forderte sie zur Teilnahme an einer Schweinemast-Kampagne auf. Das Budapester Parteiorgan «Nepszabadsag» wandte sich in diesem Zusammenhang mit der Aufforderung an alle örtlichen Behörden, sich dafür einzusetzen, dass dieser noch bestehende Privatbesitz richtig genutzt werde.

In Bulgarien

dauert die Dürreperiode noch immer weitgehend an und die Kampagne für den Einsatz möglichst grosser Bevölkerungsteile bei der Bewässerungsarbeit wird unvermindert fortgeführt. Radio Sofia beschwerte sich in dieser Woche darüber, dass der Bewässerungsplan in drei Regionen erst zu knapp 30 Prozent erfüllt worden sei.

Vor einer Parteikonferenz sagte Parteichef Todor Schiwkoff über die Aufgaben in der Wirtschaft: «Die Dürregefahr ist nach wie vor gross und wir müssen bei ihrer Bekämpfung über uns hinauswachsen.»

Im Brennpunkt aller Bemühungen steht zurzeit die wichtige Tabakernte. Um möglichst zu einer Uebererfüllung des Plansolls zu gelangen, sind neue «Anreiz-Zahlungen» von den zuständigen Behörden ausgesetzt worden.

Im Juni wurde in Rumänien die Frühjahrs-Aufforstungskampagne abgeschlossen. Im ganzen Land wurden 60 000 Hektaren, das sind 15 000 Hektaren mehr als im Vorjahr, bepflanzt.

Viehfutter aus Strassengräben

Die SED-Mitglieder im Staatlichen Strassenbaubetrieb des Bezirkes Neubrandenburg haben von der SED-Bezirksleitung den «Parteiauftrag» erhalten, über die Strassenmeistereien zu sichern, dass die Strassengräben zweimal jährlich ausgemäht und das Heu an den «volkseigenen» Erfassungs- und Aufkaufbetrieb abgeliefert wird. Das Gras in den Strassengräben bilde eine grosse Rauhfutterreserve, die nach Berechnungen der Abteilung Landwirtschaft der SED-Bezirksleitung ausreicht, um im Winter 10 000 Kühe versorgen zu können, heisst es in dem «Parteiauftrag».

Versorgung

SBZ

Wenig Wasser

Wenige Tage nach Beginn der hochsommerlichen Temperaturen droht in zahlreichen Gross- und Mittelstädten der Sowjetzone die Wasserversorgung zusammenzubrechen.

Kontingentieren musste der Rat der Stadt Leipzig die Wasserentnahme für zahlreiche Grossbetriebe im Stadtgebiet. Trinkwasser, so hat der Rat der Stadt jetzt angeordnet, darf nur sparsam verwendet werden, «auf keinen Fall zum Kühlen von Speisen und Getränken», Das Sprengen von Grünanlagen, Kleingärten usw. sowie das Waschen von Fahrzeugen mit dem Schlauch ist verboten.

Die gleiche schwierige Lage in der Wasserversorgung wird aus thüringischen Städten wie Weimar, Apolda und Gera gemeldet. Der «volkseigene» Betrieb Wasserwirtschaft Apolda teilt mit, dass der ständig steigende Wasserverbrauch von den Wasserwerken nicht mehr gedeckt werden kann und alle Förderaggregate und Pumpstationen überlastet sind. «Bis auf weiteres» wird dringend geraten, Wannen- und Brausebäder «nur noch an Sonntagen» zu nehmen.

Die Stadt Gera hat alle Einwohner aufgefordert, zu überwachen, dass der gegenwärtige Verbrauch von Wasser nicht höher liegt als im I. Quartal 1962. Für Betriebe ist ein Wasserverbrauch vorgeschrieben, der 20 Prozent unter dem Verbrauch im Januar 1962 liegt. Diese und andere Massnahmen, heisst es in einer amtlichen Bekanntmachung, seien notwendig, «um jedem Bürger der Stadt das nötige Trinkwasser für seinen täglichen Bedarf bereitzustellen».

«Nur bei normalem Verbrauch» sei die Wasserversorgung gesichert, teilt der Rat der Stadt Halle mit, der zusätzlich zu den angeordneten Sparmassnahmen die Bevölkerung ersucht, alle undichten Wasserleitungshähne und schadhaften Stellen im Wasserleitungsnetz sofort reparieren zu lassen, um ständige Wasserverluste zu vermeiden. Hiefür sollen Handwerker «vordringlich» zur Verfügung gestellt werden. In allen Fällen der Zuwiderhandlung werden Strafen nach der Verordnung über die Verhütung von Katastrophen angekündigt.

Bevölkerung

China

Umstellung auf Geburtenkontrolle?

In China scheint sich eine grundsätzliche Neuorientierung der Bevölkerungspolitik anzubahnen. Bisher wurde der starke Geburtenüberschuss als Garant der Machtausbreitung von der Partei rückhaltlos begrüsst, nachdem eine 1954 eingeleitete Bewegung zur Geburtenkontrolle vier Jahre später völlig eingestellt worden war. Jetzt scheint die Tendenz jener Zeit wieder Anhänger gefunden zu haben. Die Presse warnt vor zu frühen Eheschliessungen und empfiehlt, nicht unter dem Alter von 23 Jahren zu heiraten. Die chinesische Bevölkerung, deren Zahl auf etwa 670 Millionen geschätzt wird, ist bereits mit Abstand die grösste der Welt und nimmt jährlich noch um mindestens 15 Millionen zu. Dabei ist China nur etwa halb so gross wie die UdSSR, deren Bevölkerungszahl aber nicht viel mehr als die Hälfte der chinesischen beträgt.

Im Jahre 1954 wurde eine Kampagne zur Geburtenkontrolle in die Wege geleitet, die im Laufe zweier Jahre auf das ganze Land übergriff. Führende Kommunisten setzten ihre persönlich Autorität für diese Sache ein. Li Te-chuan, der weibliche Gesundheitsminister, warnte: «Ohne eine Geburtenkontrolle wird es China niemals gelingen, sich von der Armut zu befreien und reich und stark zu werden.» Ministerpräsident Tschu En-lai erklärte: «Wir sind uns alle einig, dass gewisse Massnahmen zur Geburtenkontrolle erforderlich sind.»

Im März 1957 sagte man den chinesischen Frauen, man werde ihnen auf Antrag zu Fehlgeburten oder dauernder Unfruchtbarkeit verhelfen und versprach, den jährlichen Bevölkerungszuwachs im Laufe der nächsten fünf Jahre auf die Hälfte des jetzigen herabzudrücken.

Dann wurde aber diese Politik im Jahre 1958 plötzlich geändert. Damals war die Zeit des «grossen Sprungs vorwärts» und der Gründung der Volkskommunen. Die kommunistische Führung Chinas war der Ansicht, dass, bedingt durch das Fehlen einer nennenswerten Industrie, Chinas grösstes Plus in seinem unerschöpflichen Menschenreservoir bestand. Die Propaganda für die Geburtenkontrolle wurde abgeblasen und ihr letzter hartnäckiger Vertreter, der alte Rektor der Pekinger Universität, Dr. Ma Yin-chu, wurde als «Neo-Malthusianer» verschrien und im August 1960 seines Postens enthoben. (Thomas Malthus, ein im 19. Jahrhundert lebender englischer Geistlicher, hatte den Standpunkt vertreten, dass sich die Bevölkerung der Erde schneller vermehre als es möglich sei, die entsprechenden Nahrungsmittel zu produzieren.) Verschiedene führende Chinesen begannen auch, darauf hinzuweisen, die grosse Bevölkerung Chinas stelle eine wichtige strategische Waffe dar. In einem Atomkrieg könne China ruhig Millionen von Menschen verlieren, bleibe aber dabei immer noch in der Lage, zu kämpfen, hiess es.

Die ersten Anzeichen, dass man die Massenproduktion von Kindern nicht mehr länger für wünschenswert hält, zeigten sich in den vergangenen zwei Monaten in einer Reihe von Artikeln der chinesischen Presse.

So veröffentlichte zum Beispiel das in Peking erscheinende Blatt «Chung-kuo Ch'ing-nien Pao», einen Artikel des Leiters der Abteilung für Volksgesundheit der medizinischen Fakultät der Pekinger Universität, Yeh Kung-shao, der sich mit dem Thema: «Das günstigste Heiratsalter» befasste. Der Artikel malte ein alarmierendes Bild der Folgen, die die chinesische Jugend erwarten, falls sie so unbesonnen sein sollte, zu früh zu heiraten. Ruinierte Gesundheit, schlecht entwickelte Kinder, Neurasthenie und Impotenz wurden u. a. genannt. Der Universitätsprofessor warnte die Studenten davor, diesen Schritt während ihres Studiums zu tun. «Ehemann und Ehefrau sehen sich einer Menge von Schwierigkeiten gegenüber, können sich nicht mehr in Ruhe ihrem Studium widmen und dann ist es zu spät, den voreiligen Schritt zu bereuen.» Ausserdem wies Yeh darauf hin, dass der Knochenaufbau erst in einem Alter zwischen 23 und 25 Jahren beendet sei und sich auch in diesem Lebensalter im Gehirn wichtige Entwicklungen vollzögen. Erst dann sei es möglich, «logisch zu denken, Schlussfolgerungen zu ziehen, zu abstrahieren und zu verallgemeinern».

Menschen mit voll entwickeltem Gehirn seien in der Lage, «unbeherrschten sexuellen Impulsen» zu widerstehen, sich anzupassen und ein glückliches und ausgeglichenes sexuelles Leben zu führen. «Dies trägt nicht nur zu einem glücklichen Leben von Mann und Frau bei, sondern fördert auch die Gesundheit der Ehegatten.» Er forderte die jungen Leute, denen es vergönnt sei, in der «glücklichen Aera Mao Tse-tungs» zu leben, auf, diese kostbarste Periode ihres Lebens dazu zu benützen, eine gute Grundlage für ihr Studium, ihre Arbeit und ihre Gesundheit zu legen. «Dies ist es, was die Partei und das Volk von euch erwarten», schrieb Yeh. «Und was das Problem anbelangt, die richtige Frau oder den richtigen Mann zur Ehe zu finden, so wird es sich auf ganz natürliche